
Defensiv oder offensiv aus der europäischen Krise?

Rezension von: Wolfgang Streeck,
Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des
demokratischen Kapitalismus, Suhrkamp,
Berlin 2013, gebunden, 271 Seiten,
€ 24,95. ISBN 978-3-518-58592-4.

In der Finanzkrise, die Europa seit 2008 erschüttert, kulminiert eine tiefgreifende Krise des demokratischen Kapitalismus. Sie begann schon in den 1970er-Jahren, als die Kapitalseite aus dem sozialstaatlichen Konsens ausbrach und ihr Projekt der Liberalisierung der Märkte startete. Negative soziale und wirtschaftliche Folgen des neoliberalen Projekts für die Lohnabhängigen wurden immer wieder verschleiert: Zunächst durch die Inflation der 1970er-Jahre, dann durch die Zunahme der Staatsverschuldung in den 1980er-Jahren und schließlich durch die enorme Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte. Doch in der Finanzkrise sind diese Strategien an ihr Ende gelangt, und nun stehen wir vor der Frage: Kapitalismus oder Demokratie?

Die in „Gekaufte Zeit“ entwickelten Thesen Wolfgang Streecks, des Direktors des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, stellen die erweiterte Fassung seiner im Juni 2012 gehaltenen „Adorno-Vorlesungen“ am „Institut für Sozialforschung“ in Frankfurt dar. Sie sorgen seit Erscheinen für eine intensive Debatte in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der breiten Öffentlichkeit. Das Buch ist politische Literatur im besten Sinn: Es setzt an den realen Problemen der so-

zialen Entwicklung an, stellt den historischen Kontext her, verknüpft in sozialwissenschaftlicher Tradition Erkenntnisse der Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie, skizziert den institutionellen Rahmen für Politik und ist mit dem erfrischenden Mut zu klarem Positionsbezug verfasst.

Wolfgang Streeck knüpft mit diesem Buch an die Krisentheorie der Frankfurter Schule in den 1960er- und 1970er-Jahren an, die durch Jürgen Habermas und Claus Offe repräsentiert wird. Er sieht „... die Geschichte des Kapitalismus nach den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts, einschließlich der in ihr aufeinanderfolgenden Wirtschaftskrisen, (als) eine Geschichte des Ausbruchs des Kapitals aus einer sozialen Regulierung ...“ (S. 45), die ihm im Zuge der Systemkonkurrenz nach 1945 aufgezwungen worden war, die es aber selbst nie gewollt hatte. Entgegen den Erwartungen der Frankfurter Schule gelang es dem Staat, die Massenloyalität für das neoliberale Projekt der Konsumgesellschaft zu sichern. Zunächst durch die scheinbare Lösung der Verteilungskonflikte über den Weg der Inflation, dann durch die zunehmende Finanzierung des Sozialstaates über die Ausweitung der Staatsverschuldung und schließlich durch die Nachfrageexpansion, finanziert über freizügige Kreditvergabe an private Haushalte und ermöglicht durch die Liberalisierung der Finanzmärkte. Legitimationsprobleme entstanden weniger bei den Massen, als beim Kapital, das immer neue Liberalisierungsschritte verlangte. Er bezeichnet mit Hinweis auf Michal Kaleckis „Political Aspects of Full Employment“ (1943) die immer wieder auftretenden Krisen als „Ausdruck der Unzufriedenheit des Kapitals“.

Hier hätte Streeck auch einen zweiten bemerkenswert hellsichtigen Aufsatz des Jahres 1943 heranziehen können, John Maynard Keynes' „The Long-Term Problem of Full Employment“, der auf die langfristigen Stagnationsprobleme im Kapitalismus hinwies: Nach einer kurzen Periode der Nachkriegszeit, in der die gesamtwirtschaftliche Nachfrage höher als das Angebot sein würde, folge eine Phase des Gleichgewichts, die wegen steigender Sparneigung der privaten Haushalte von einer Periode schwacher Konsum- und Investitionsnachfrage, also der Unterauslastung und Unterbeschäftigung, geprägt wäre. In dieser Stagnationsphase gibt es im Wesentlichen nur zwei Wege, die Nachfrage zu stimulieren: Die Ausweitung der Verschuldungsmöglichkeiten, also den Weg, den der Kapitalismus unter neoliberalen Einfluss schließlich genommen hat, der sich aber spätestens in der Finanzkrise als nicht nachhaltig erwiesen hat. Oder die Umverteilung von Einkommen und Vermögen zu den konsumfreudigen Schichten, das sozialstaatliche Projekt, das an seine politischen Grenzen stieß, weil es die Machtfrage stellte.

Streeck fasst das neoliberale Projekt der wirtschaftlichen und politischen Dominanz von Märkten und Rentiers gegenüber Sozialstaat, Demokratie und Lohnabhängigen gekonnt in groben Zügen zusammen und versieht es auch mit dem Namen ihres ideologischen Paten: Friedrich August von Hayek schwebte ein Kapitalismus vor, der nicht begrenzt von demokratischen Strukturen, einem Sozialsystem oder der Idee von sozialer Gerechtigkeit wäre. Streeck sieht das Hayek'sche Projekt im Agieren der Europäischen Union in der Finanzkrise umgesetzt: Im

Mittelpunkt steht die Liberalisierung der Märkte, beginnend mit dem Projekt des Binnenmarktes und kulminierend in der Liberalisierung von Banken und Finanzaktivitäten. Die gewachsenen demokratischen Entscheidungsstrukturen in den Nationalstaaten werden immer mehr mit Hilfe strenger europäischer Vorgaben für den Staatshaushalt durch Stabilitätspakt, „Sixpack“, „Twopack“, Fiskalpakt usw. ausgehebelt. Der von den ArbeitnehmerInnen mühsam gegen die Interessen des Kapitals erkämpfte Sozialstaat wird durch Strukturreformen zerstört. Die Schaffung der Währungsunion und des Euro verhindern nationale Sonderwege, weil sie Währungsabwertungen nicht mehr zulassen.

Hier ließe sich kritisch anmerken, dass innerhalb der Währungsunion doch unterschiedliche Wege möglich waren: Die entwickelten Sozialstaaten in Skandinavien (die über eine feste Bindung ihrer Währung praktisch am Euro teilnehmen) und Österreich sind deutlich besser durch die Krise gekommen als die angelsächsischen und südeuropäischen Länder mit ihrer rudimentären sozialen Absicherung. Streeck rezipiert die „Varieties of Capitalism“-Literatur allerdings kritisch. Und er hat insofern recht, als auch die fortschrittlichen Mitgliedsländer von der Krise des europäischen Projekts sozial und wirtschaftlich schwer betroffen sind. Insbesondere auch vom Abbau demokratischer Entscheidungsmechanismen, die mit dem von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangten Pakt für Wettbewerbsfähigkeit jüngst nochmals eine massive Verschärfung erfahren haben.¹ In ihr gipfelt der Versuch, die Marktwirtschaft gegenüber diskretionären und demokratisch legitimierten

politischen Interventionen zu immunisieren.

Wolfgang Streeck beendet seine so radikale wie treffende Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa mit einem geballten Resümee des Pessimismus: Der alte Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie werde in der Finanzkrise auf europäischer Ebene zugunsten des Ersteren entschieden: „Der heute wahrscheinlichste Ausgang wäre dann die Vollendung des hayekianischen Gesellschaftsmodells der Diktatur einer vor demokratischer Korrektur geschützten kapitalistischen Marktwirtschaft“ (S. 235).

Dennoch versucht auch er, Ansatzpunkte für emanzipatorisch motivierte Gegenstrategie auszumachen. Sie können derzeit nur darin bestehen, Zeit für den Aufbau neuer politischer Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Dabei müssen die Reste jener politischen Institutionen verteidigt werden, die noch für soziale Gerechtigkeit stehen und mit denen die Märkte wieder unter Kontrolle gebracht werden könnten. Dabei plädiert er zunächst für die Verteidigung und den Ausbau eines einkommenssichernden Steuersystems. Zu Recht stellt er fest, die Schuldenkrise sei auch eine Krise des Steuerstaates, weil sie „... eine Folge zu niedriger Besteuerung der besitzenden Schichten“ ist (S. 113).

Er hält dann aber auch fest, ein brauchbares Instrument für die Wiedergewinnung neuer Handlungsräume für den Nationalstaat sei die Möglichkeit der Währungsabwertung. Wolfgang Streeck plädiert also für das Ende des Euro, den er sogar als „frivoles Experiment“ bezeichnet. Gerade um diese Schlussfolgerungen für die Zukunft des europäischen Projektes hat sich eine intensive öffentliche De-

batte entsponnen, in der auch markante Unterschiede innerhalb der Linken sichtbar werden. Fritz Scharpf und Heiner Flassbeck, auf politischer Ebene auch Oskar Lafontaine, verfechten in jüngster Zeit – wenn auch oft mit anderen Begründungen und in unterschiedlichen Abstufungen – ebenfalls das Ende der Währungsunion als Möglichkeit, aus dem Beschäftigung und Sozialstaatlichkeit strangulierenden neoliberalen Korsett auszubrechen.

Demgegenüber treten Peter Bofinger, Gustav Horn und viele andere fortschrittliche Ökonominnen für eine proeuropäische Lösung der Eurokrise ein. Insbesondere hat Jürgen Habermas in seiner ausführlichen Rezension der „Gekauften Zeit“ in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ die Grundzüge der Analyse und der Kritik an der EU-Politik zustimmend, die defensive und „nostalgische“ Position der Rückabwicklung des Euro und des Versuchs, Handlungsspielräume primär auf nationalstaatlicher Ebene wiederzugewinnen, aber äußerst kritisch kommentiert. Habermas sieht die Alternative zu dem von den Eliten getragenen neoliberalen Projekt der Entdemokratisierung der europäischen Marktwirtschaft in einem „offensiven Ausbau der Währungsgemeinschaft zu einer supranationalen Demokratie“.

Die proeuropäische Gruppe hat in dieser Auseinandersetzung die besseren Argumente für sich: Die Handlungsspielräume des Nationalstaates sind im Umfeld liberalisierter Güter- und Finanzmärkte heute kaum noch in nennenswertem Umfang zurückzugewinnen. Der internationale Steuerwettbewerb beeinträchtigt das Aufkommen von Gewinn- und Vermögenssteuern und damit die Finanzierung des Sozialstaates in großem Stil; einzelstaatliche

Regulierungen zur Eindämmung des voluminösen spekulativen Kapitalverkehrs greifen kaum, damit sind auch die Spielräume für eine geordnete Abwertung der Währungen gering; einzelkämpferischen Nationalstaaten und ihre Wirtschaft werden so zum Spielball der Finanzmärkte. Die Regulierung der Märkte, die für die stabile Entwicklung der Realwirtschaft, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit unabdingbar ist, kann – wenn überhaupt – nur durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden. Die emanzipatorischen Kräfte müssen sich deshalb um eine demokratische Verfassung, das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und die Handlungsspielräume für eine Wirtschaftspolitik der Eingrenzung der hypertrophen Finanzmärkte auf europäischer Ebene bemühen.

Ein gemeinsamer Gegenentwurf linker Parteien und Bewegungen zum neoliberalen Europa ist derzeit allerdings nicht sichtbar. Auch weil vor allem die deutsche Sozialdemokratie jene Aufarbeitung der eigenen Fehler der Vergangenheit noch nicht abgeschlossen hat, die Voraussetzung nicht nur für eine Renaissance in Deutschland, sondern auch für die Entwicklung eines konsistenten europäischen Konzepts wären. Hierzu hätte auch Wolfgang Streeck einen wertvollen Beitrag leisten können, weil er Ende der 1990er-Jahre noch jene Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder unterstützte, die die Lohnabhängigen entscheidend schwächten

und Deutschland zu einem Mitverursacher der europäischen Krise werden ließen. In „Gekaufte Zeit“ betont Streeck nun analytisch überzeugend und argumentativ gekonnt die Unabdingbarkeit der Stärkung demokratischer und sozialstaatlicher Strukturen für eine stabile soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Mit diesem Werk leistet er jetzt einen wertvollen Beitrag zur Bildung einer soliden Basis für die Entwicklung eines emanzipatorischen Konzepts. In der Wiedergewinnung von wirkungsmächtiger Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene muss sich dieses Projekt allerdings wohl stärker auf Jürgen Habermas stützen.

Markus Marterbauer

Anmerkung

- 1 Oberndorfer (2013).

Literatur

- Habermas, Jürgen, Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 (2013) 59-70.
- Keynes, John Maynard, The Long-Term Problem of Full Employment, in: The Collected Works of John Maynard Keynes, Bd. 27 (1943) 320-325.
- Oberndorfer, Lukas, Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: Juridikum 1 (2013) 76-86.